

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923**

19.1.1923 (No. 16)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. Amend, Karlsruhe.

Expedition: Karlsruher Zeitung, Nr. 14, Postfach Nr. 953 und 954, Karlsruhe, Nr. 3516.

Bezugspreis: In Karlsruhe und umwelts frei ins Haus geliefert für Januar 1923 4.00 M. — Einzelnummer 40 Pf. — Anzeigengebühr: 35 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Werbetexten tarifierter Rabatt, der als Kostenfaktor gilt und vermindert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anstehende Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Kontroversen soll der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Mitten im Wirtschaftskrieg.

#### Italienisches Mißbehagen.

Aus Rom, 13. Januar, wird uns geschrieben: Die italienische Presse ist von tiefem Mißbehagen über die möglichen politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Vorgehens Frankreichs im Ruhrgebiet erfüllt. Einzelne Blätter betonen sogar, daß von einer „Verfehlung“ Deutschlands gar keine Rede sein könne. So sagt der sonst deutschfeindliche „Secolo“, die unmöglich zu erfüllenden Bestimmungen des Versailler Vertrages, Bestimmungen, durch die Italien, wenn es sich in der Lage Deutschlands befände, sich gewiß auch nicht verpflichtet fühlen würde, hätten die Invasion Frankreichs vorbereitet. In der Zeitung „Sole“ führt ein Holzschmied in sehr anschaulicher Weise aus, daß die Holzforderungen die Leistungsfähigkeit Deutschlands auf diesem Gebiete weit überschritten, und daß es absurd sei, von Deutschland zu verlangen, daß es mehr gebe, als es selbst habe, und es zwingen zu wollen, seine Forsten zu zerstören.

Das sind immerhin nur einzelne Stimmen, aber sehr viel zahlreicher sind die Äußerungen, die gerade im gegenwärtigen Moment für eine Verständigung zwischen den kontinentalen Mächten Frankreich, Deutschland, Italien und Belgien eintreten. So schreibt die „Tribuna“ an auffälliger Stelle, die italienische Regierung besaße sich augenblicklich mit dem Studium der Möglichkeit einer Verständigung der kontinentalen Großmächte Frankreich, Italien, Belgien und Deutschland, vorausgesetzt, daß dieses guten Willen zeige und eine entsprechende Anzahl Milliarden einlege. Das Wort übertrifft dabei, daß es nicht ganz leicht ist, „guten Willen“ demjenigen zu zeigen, der wie ein Eindringling oder Räuber schwerbewaffnet in das Haus eindringt. Und noch schmerzlicher ist es für Deutschland, die entsprechende Anzahl von Milliarden einzulegen. Wenn es das könnte, hätte es nicht das Moratorium nachzusuchen brauchen.

Auch „Corriere d'Italia“ und „Idea Nazionale“, also Blätter recht verschiedener Richtung, stimmen mit der „Tribuna“ in der Hoffnung auf eine kontinentale Verständigung überein. Nun sind diese Blätter klug genug, um zu fühlen, daß in diesem Moment eine derartige Verständigung ganz besonders schwierig ist. So ist dieser sich so lebhaft und in so verschiedenen Lagern äußernde Wunsch dem bekannten Strohalm zu vergleichen, an den sich der Verzweifelte Hammer. Man fürchtet nämlich einmal, daß Frankreichs unnützes Vorgehen einen allgemeinen Zusammenbruch herbeiführen könnte, unter dem Italien bei seiner ohnehin nicht günstigen wirtschaftlichen Lage besonders schwer zu leiden haben würde, und man befürchtet zweitens, daß wenn Frankreich gegen alles Erwarten Vorteile aus der Ruhrbesetzung ziehen sollte, es dann Italien betrügen und schädigen könnte.

Dieses starke Mißtrauen gegen Frankreich tritt immer wieder hervor. So schreibt der „Resto del Carlino“, daß der französische Vormarsch im Ruhrgebiet zu einer Vorkriegsherrschaft auf dem Gebiete der europäischen Kohlenenerzeugung führen könnte, was für Italien unendlich wäre. Ganz in diesem Sinne wird von der Mehrzahl der Blätter die geplante Entsendung von italienischen Ingenieuren nach dem Ruhrgebiet so aufgefaßt, daß diese die französischen Maßnahmen überwachen sollen, damit Frankreichs Vorgehen auf wirtschaftlichem Gebiete nicht Formen annähme, die für Italien schädlich sein könnten. Beispielsweise sagt die „Sera“, es sei in bezug auf die etwa aus den „Wäldern“ zu erzielenden Einkünfte eine Kontrolle nötig und mit dieser Kontrolle erkläre sich die Entsendung italienischer Sachverständiger. Der „Resto del Carlino“ hatte schon einige Tage vor dem Erscheinen des vorhin erwähnten Artikels darauf hingewiesen, daß Italien Frankreich nicht unterstützen könne, wenn es die deutsche Schwerindustrie in die Hand bekommen wolle. Frankreich müsse genau überwacht und wenn nötig zurückgehalten werden. Das satzungsmäßige „Giornale di Roma“ wirft Frankreich vor, immer rasch bereit gewesen zu sein, Italien beiseite zu schieben, wenn es Kohlen, Petroleum, Koble, Eisen u. a. ähnliche Dinge zu verteilen gäbe. Das ist um so weniger zu rechtfertigen, als Italien in viel schlechterer Lage sei, als Frankreich, denn es habe viel weniger Hilfsmittel und müsse viel höhere Steuern erheben. Den Weg der Entbehrung, den Frankreich zu beschreiten sich weigere, müsse Italien schon seit geraumer Zeit wandeln.

Aus alledem ersieht man, daß Italiens öffentliche Meinung Frankreichs Vorgehen keineswegs billigt, wobei freilich nicht etwa Menschenliebe oder deutschfreundliche Gesinnung Geneser stehen, sondern Furcht, Mißtrauen und Mißgunst.

#### Beschlagnahme der Koblenzzüge.

Berlin, 18. Jan. (Wolff.) Den Beamten und Arbeitern der Reichseisenbahnen ist, den Bestimmungen des Reichskohlenkommissars entsprechend, verboten worden, Kohle für Frankreich und Belgien zu befördern oder bei der Umleitung deutscher Kohlenzüge nach diesen Ländern mitzuwirken.

Gestern nachmittag sind die Franzosen dazu übergegangen, Kohlenzüge zu beschlagnahmen. Die ersten Eingriffe in den Kohlenverband mit der Bahn geschahen im Bochumer und Dortmund Revier. Auf der Station Langendreer wurden zwei Züge mit etwa 120 Wagen Kohlen, die für die Leunaerwerke und für die Mansfelder Werke bestimmt waren, von den Franzosen angehalten und beschlagnahmt. Die Eisenbahn erhielt Befehl, diese Züge sowie zwei weitere beschlagnahmte Züge wieder westwärts nach dem Sammelbahnhof Webau bei Duisburg zu leiten. Von hier aus sollen sie nach Metz dirigiert werden. Einer dieser in Metz beschlagnahmten Züge ist aber doch noch durchgelaufen. Die Franzosen wollen den nächsten eintreffenden Zug anhalten. Für die mit militärischem Aufgebot festgehaltenen 3 Züge stellten die Franzosen neue Begleitpapiere aus, auf Grund deren die Kohlen nach Webau geleitet werden sollen. Sodann fanden Verhandlungen statt über die Haltung, die die Eisenbahner zu diesem neuen Eingriff einnehmen werden, zwischen Gewerkschaftsvertretern einerseits und der Eisenbahndirektion und den zuständigen Berliner Regierungsstellen andererseits. Es ist keine Frage, daß derartige Eingriffe in den Güterverkehr diesen in kürzester Zeit ins Stocken bringen werden und die Verkehrsverhältnisse im Ruhrgebiet in größte Verwirrung stürzen müssen.

#### Die verschärfte Lage.

Nach Feststellung der zwei neuen deutschen „Verfehlungen“, die die Reparationskommission Anfang der Woche getroffen hat, hat die französische Regierung bereits offiziell mitteilen lassen, daß sie zu weiteren Sanktionen entschlossen sei, es ist die Beschlagnahme der fiskalischen Wälder im besetzten Gebiet und der Zugriff auf die Kohlensteuer, ebenfalls im besetzten Gebiet, in Aussicht genommen. Ob damit die vorläufige Reiche der Eingriffe bereits erschöpft ist, darüber ist man, wie ein Priv.-Tel. der „Zeff. Zig.“ meldet, auch in Berlin nicht unterrichtet. In französischen Blättern ist dieser Tage das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich, das sich seit dem Einmarsch ins Ruhrgebiet entwickelt hat, als ein Wirtschaftskrieg bezeichnet worden, und in der Tat hat die Situation einige Ähnlichkeit mit einem solchen. Ebenso wie im Kriege, führt man sich auf beiden Seiten, Angriff- und Abwehrmaßnahmen vorzeitig bekanntzugeben, um dem Gegner die Möglichkeit der Vorbereitung zu nehmen. Immerhin scheinen die Franzosen aus ihren bisherigen Erfahrungen im Ruhrgebiet einige Lehren gezogen zu haben: sie scheinen zum mindesten erlernet zu haben, daß der „militärische Spaziergang“ nicht ohne weiteres zur praktischen Auswertung produktiver Pfänder führt und daß sie sich infolgedessen etwas verhalten haben. Man sieht noch nicht klar, was sie wegen der Kohlensteuer planen. Daß die Beschlagnahme der Steuerbeträge, die auf der ins unbesetzte Deutschland gehenden Kohle ruhen, schäwer oder gar nicht möglich ist, wird die Ruhrkommission bereits eingesehen haben; sie wird darüber hinaus weder bei den Finanzämtern noch sonstwo das nötige Material vorfinden.

Der militärische Vormarsch hat sich inzwischen nach Osten hin stark der Grenze der 50-Kilometer-Zone genähert, hinter der nach dem Friedensvertrage der deutschen Regierung das Galt militärischer Garnisonen erlaubt ist. Es ist klar, daß die Überschreitung der Zone neue Konflikte mit sich bringen würde, für die die Reichsregierung jede Verantwortung ablehnen müßte.

Bisher hatte die deutsche Regierung mit einem Protest nur auf die Notizen der vergangenen Woche entgegnet, in denen die Besetzung von Essen und die Einrichtung des Ingenieurkomitees angekündigt war. Wenn die Franzosen und Belgier jetzt darüber hinaus das Gebiet der militärischen Okkupation stark erweitert haben und wenn sie sich anschiden, zu den bisherigen Eingriffen mit der Beschlagnahme der Forsten, der Kohlensteuer usw. weitere Rechts- und Vertragsbrüche zu begangen, so wird die Reichsregierung auch solchen Maßnahmen gegenüber selbstverständlich nicht untätig verharren, sondern je nach der Lage des Falles mit Protesten und anderen Abwehrmaßnahmen ihr Recht verteidigen. Jedenfalls wird den Mächten, die seit einer Woche das Recht des Vertrages in jeder Stunde gebugt haben, die die Verantwortung für die blutigen Vorfälle in Bochum trifft und die sich täglich immer tiefer in die Schuld des Reichs ruhen, von deutscher Seite auch nach wie vor keinerlei Unterstützung gewährt werden. Darüber hinaus ist es die Aufgabe der Regierung, alles zu tun, damit diese Mächte vor der Welt offen in der Rolle der Vertragsbrecher erscheinen, die sie tatsächlich sind.

#### Der Raub von Kohlenzügen und Schiffsraum.

Wie die Süddeutsche Demokratische Korrespondenz“ von zuständiger Seite erfährt, hat die französische Besatzungsbehörde der bayerischen Zweigstelle des Kohlenkommissariats in Ludwigshafen a. Rh. die Befehle erteilt, sich nur nach ihren Befehlen zu richten.

In einem dem Sonderkorrespondenten des „Intransigeant“ gegebenen Interview erklärte der französische Generalkontrollleur Tannery, die getroffenen Maßnahmen würden bereits Ende dieser Woche den regelmäßigen Abtransport von ganzen Kohlenzügen nach Frankreich gestatten. Man dürfe in Paris nur nicht ungeduldig werden. Die Aufrechterhaltung der Produktion und des Transportwesens und die Einrichtung der Kontrolle erforderten Zeit, weil man ja doch die komplizierte Wirtschaftsmaschinerie des Ruhrgebietes nicht gefährden wolle.

Über die bereits gemeldete Beschlagnahme von Schiffsraum auf dem Rhein wird weiter berichtet, daß vierzehn Schleppfähne, die Ruhrkohle für Süddeutschland geladen hatten, auf der Reede von Duisburg von den Franzosen für beschlagnahmt erklärt worden sind und Befehle erhalten haben, bis Mannheim zu gehen, wo sie eine weitere Befehls bekommen würden. Auf dem Rhein-Genne-Kanal wurde der gesamte Schiffsverkehr über die Schleuse 7 hinaus, die zwischen Herne und Necklinghausen liegt, verhindert und nur der Pendelverkehr zwischen Schleuse 1, Ruhrort-Hafen und Schleuse 7 gestattet. Das bedeutet praktisch die Verhinderung aller Kohlentransporte aus dem neubesetzten in das unbesetzte Gebiet.

#### Die Franzosen setzen ihr Piratentreiben auf dem Rhein fort.

Französische Besatzungstruppen halten, wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, jeden rheinaufwärts fahrenden Schlepplug bei Frankenthal an, nehmen dabei den Schiffen die Papiere ab und zwingen sie, am linken Rheinufer anzulegen. Dort werden dann die Schlepplüge von den Franzosen bewacht. In Mannheim haben französische Soldaten am Rheintal zwei Fähne einer Mannheimer Kohlenfirma beschlagnahmt. Auf der linken Rheinseite wurden ebenfalls einige vor der Anilinfabrik liegende Kohlenfähne beschlagnahmt, darunter befand sich auch ein Kahn mit englischer Kohlenladung! Wie zuverlässig verlautet, sollen die französischen Piraten bei Wertheim auch ein auf der Fahrt von Rotterdam nach Mannheim befindliches Getreideschiff angehalten haben.

#### Die Abwehrfront der Zechenbesitzer.

Die französischen Divisionsgenerale in Bredeneh und Altenessen haben den Polizeipräsidenten von Essen und 5 Herren der Industrie seines Bezirkes auf gestern abend 9 Uhr zu einer Besprechung im Rathaus zu Bredeneh aufgefordert und an den Polizeipräsidenten das Ersuchen gestellt, die Herren, falls sie nicht freiwillig erscheinen sollten, polizeilich vorzuführen zu lassen. Der Polizeipräsident hat dieses Ansuchen zurückgewiesen und erklärt, daß er die Herren lediglich von der Besprechung benachrichtigen werde, aber selbstverständlich jede polizeiliche Zwangsmassnahme gegen sie ablehnen müsse.

Auch der Oberbürgermeister von Mülheim erhielt gestern abend von der französischen Besatzungsbehörde in Bredeneh den Auftrag, verschiedene Großindustrielle, darunter Frh. Thissen, aufzufordern, heute abend 9 Uhr im Rathause zu Bredeneh zu erscheinen. Eventuell sollten die Herren durch Zwangsmassnahmen zum Erscheinen gezwungen werden. Letzteres Ansinnen wurde vom Oberbürgermeister abgelehnt, jedoch zugesagt, daß er die Herren benachrichtigen wolle. Herr Frh. Thissen, der kurz vor 9 Uhr die Aufforderung erhielt, lehnte es ab, ihr Folge zu leisten.

Sämtliche fünf Herren des Zechenverbandes, und zwar die Herren Generaldirektor Kesten, Bergassessor Döke, Generaldirektor Spindler, Generaldirektor Tengelmann und Generaldirektor Wüstenhöfer haben sich freiwillig bei der Division eingefunden, wo sie zur Einleitung eines gegen sie beschlagnahmten kriegsgerichtlichen Verfahrens zu Protokoll über ihre Weigerung, Reparationskohle zu liefern vernommen wurden. Sämtliche Herren hielten ihre Weigerung unter Berufung auf das ihnen vom Reichskohlenkommissariat erteilte Verbot aufrecht. Den Herren wurde zum Schluß eröffnet, daß von ihrer Behauptung vorläufig abgesehen werde, daß sie sich aber jederzeit zur Verfügung des Kriegsgerichts zu halten hätten.

Der Korrespondent des Petit Parisien in Düsseldorf hatte eine kurze Unterredung mit dem Vertreter von Krupp, Thomas, als dieser die Zusammenkunft mit General Simons verließ. Thomas erklärte: Wir sind bereit, vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden; auch unsere Beurteilung erwarten wir. Gefängnisstrafe werden wir ertragen, alles, alles. Doch werden wir bestimmt keine Kohle liefern.“

Der Präsident des Landesfinanzamtes Düsseldorf, Finanzrat Dr. Schlutius, wurde heute von der französischen Besatzungsbehörde verhaftet, nachdem er aufgefordert worden war, die finanziellen Unterlagen der Oberfinanzkasse den französischen Sachverständigen vorzulegen. Schlutius wurde unter Bewachung im Automobil fortgeführt; wogin er gezwungen worden ist, ist noch unbekannt.

## Der Düsseldorfer Regierungspräsident an General Denvignes.

Der Düsseldorfer Regierungspräsident Grämer hat an den Oberdelegierten für die deutsche Ribitverwaltung, General Denvignes, in Düsseldorf einen längeren Bericht gesandt, in dem er auf Grund der von ihm übernommenen Verpflichtung, auf alle Momente hinzuweisen, die eine erhebliche Beunruhigung in der Bevölkerung hervorgerufen haben, zunächst darauf aufmerksam macht, daß die nach Düsseldorf berufenen Vertreter des Ruhrbergbaus, und zwar sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, mit Ausnahme eines Kommunisten, mit härtesten Ausdrücken ihre Entrüstung ausgesprochen haben über die Behandlung durch die Verwaltungsbehörden, die prominenten Vertreter des Ruhrbergbaus von produktiver Arbeit abzuhalten, lediglich um einen Befehl mit einigen Begleitworten entgegenzunehmen. Die Vertreter hätten ihm versichert, daß sie einer nachmaligen gleichen Aufforderung nicht Folge leisten würden. Weiter lenkt der Regierungspräsident die Aufmerksamkeit des Generals darauf, daß bis jetzt noch nicht feststehe, wer die in den nächsten Tagen fällig werdende Summe für die Löhne der 650 000 Bergarbeiter des Ruhrgebietes im Betrage von etwa 22 Milliarden Papiermark bezahle. Die Bergarbeiter seien auf die restlose Auszahlung ihres Lohnes angewiesen, da sie weder über Kapital noch Lebensmittelvorräte verfügten, und die Preise der Lebensmittel, die schon vor der Besetzung fast unerschwinglich gewesen seien, bis jetzt noch um mindestens 50 Prozent verteuert würden. Die Vorräte an Getreide und Lebensmitteln im Ruhrgebiet reichten bis zum 15. Februar, höchstens bis zum 15. März. Nach Mitteilungen, die insbesondere holländische Großkaufleute gemacht hätten, sehe das Ausland, und zwar namentlich Holland und Kanada, mit Mühsicht auf die gegenwärtige Lage von jeder weiteren Lieferung von Fleisch, Fetten usw. in das Ruhrgebiet ab. Irigendwie nennenswerte Lagerbestände in diesen Lebensmitteln seien im Ruhrgebiet nicht vorhanden.

Der Regierungspräsident erucht daher dringend, von Requisitionen an Lebens- und Futtermitteln Abstand zu nehmen unter Hinweis darauf, daß in den letzten Tagen die Fälle sich mehren, in denen Futtermittel requiriert wurden, so u. a. noch von der Stadt Essen 600 Zentner Stroh. Der Mangel an Futtermitteln habe bereits jetzt zu einer Verschärfung der Not und zu einer starken Steigerung der Fleischpreise geführt. Schließlich warnt der Präsident noch vor allen Maßnahmen, die eine Abschmälerung des Industriegebietes vom unbesetzten Deutschland bezwecken, wodurch für das Ruhrgebiet, dem verkehrstechnisch schwierigsten Gebiete der Welt, sich die schlimmsten Folgen ergeben müßten. Der Errichtung einer Zolllinie würde im Ruhrgebiet völlige Verwirrung und Störung der Verkehrsmittel herbeiführen.

## Protest der deutschen Zeitungsverleger.

Auf der dieser Tage in Würzburg abgehaltenen außerordentlichen Hauptversammlung des Vereins deutscher Zeitungsverleger wurde gegen den Rechtsbruch Frankreichs folgende Entschließung angenommen:

„Der Einfall der Franzosen und Belgier in das friedliche Deutschland bedeutet nicht nur den Bruch des Versailler Vertrages, sondern die größte Verletzung des Völkerrechtes und aller von den Kulturvölkern der Erde von altersher geheiligten Menschenrechte. Die französische Republik, deren Fahnen die Worte 'Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit' tragen, unternimmt es, einer großen Nation mit den rohesten Machtmitteln statt der Gleichheit unter den Völkern das Schicksal des Helotismus, statt der Freiheit die Sklaverei, statt der Brüderlichkeit den Zuchtzwang zum Zweck einer beispiellosen Ausbeutung aufzuerlegen. Feiger und mit argem Eynismus ist noch kein Rechtsbruch begangen worden, seit es eine Weltgeschichte gibt. Das deutsche Volk hat die ungeheuren Lasten der Wiedergutmachung bis zum Unmöglichen getragen. Millionen und Abermillionen deutscher Volksgenossen hungern und frieren. Die Tuberkulose und andere Volkskrankheiten wachsen, nicht zuletzt infolge der Kohlennot, in unheimlichem Maße. Aber gerade das entspricht der französischen Politik. Das Frankreich, in das seit Jahr u. Tag unaufhörlich Stunde um Stunde die deutschen Kohlenzüge rollen, während in deutschen Hospitälern die Kranken durch Kohlen-, Licht- u. Strommangel andauernd gefährdet sind, braucht nicht noch mehr Kohlen, — es braucht ein krankes, absterbendes deutsches Volk. Einer der Wortführer der französischen Politik, Jacques Bainville, hat das in der Zeitung 'Liberté' in feindseligem Übermut ausgelaudert. Er sagt: 'Wir wollen die Desorganisierung Deutschlands vollenden. Wenn Deutschland in einem Chaos untergeht, dann ist es eben nicht mehr heilbar und nicht mehr lebensfähig gewesen. Wir Franzosen haben aber viel mehr von einem Deutschland zu fürchten, das organisiert ist, als von einem desorganisierten. Deutschlands Ruin und Ohnmacht sind für uns Franzosen Milliarden wert.'"

Die in Würzburg in schwerer Sorge um das Schicksal der deutschen Presse verammelten Herausgeber der deutschen Tageszeitungen bitten die Reichsregierung, diese und andere gleichartige unwiderlegliche französische Dokumente über die letzten Zwecke des räuberischen Einfalls in Deutschland den Regierungen des Auslandes zu unterbreiten. Die deutsche Presse wird ihrer Regierung, die im Unglück stark bleibt und sich von dem selbst vorgezeichneten Wege nicht abdrängen läßt, treu und erfolgreich leisten. Die deutsche Presse leidet mit ihren Brüdern im Rheinland und in Westfalen und wird nicht aufhören, das Gewissen der Völker wahrzurufen gegen die brutale Gewalt und die Schandungen durch immer neue schwarze und braune Bataillone Frankreichs. In dem Kampf um das Leben des deutschen Volkes, um die Sicherheit unserer Frauen und Kinder, für die Kultur, gegen die Barbarei wollen wir trotz allem Elend unermüdet und unerschrocken die geistigen Waffen führen, denen schließlich doch der Sieg zu fallen muß. Rhein und Ruhr müssen deutsch bleiben. Deutschland muß leben. Deutschland wird leben dem Vernichtungswillen zum Trotz, wenn über alle Parteierklärung hinaus Volk und Volkregierung und deutsche Presse einig bleiben und fest."

Die Entschließung wurde einstimmig angenommen.

## Bismarck und Poincaré.

In ihren 'Bemerkungen' schreibt die 'Frlt. Btg.' einige interessante Zeilen über die französische Gewaltpolitik und gibt dabei eine Gegenüberstellung der Politik Poincarés und Bismarcks. Es heißt dort:

„Die Übersteigerung der französischen Gewaltpolitik weckt die Erinnerung an die Zeit, in der Deutschland in der Lage war, Frankreich seine Macht aufs empfindlichste fühlen zu lassen und, wenn es gewollt hätte, sehr einschneidende Sanktionen zu verhängen. Deutschland aber hat damals, nach dem Kriege von 1870/71, mit seiner Macht keinen solchen Mißbrauch getrieben, wie es jetzt von Frankreich aus gegen Deutschland geschieht. Wir haben schon wiederholt auf diesen Gegensatz hingewiesen und an verschiedene Epochen aus jener Zeit erinnert, in denen Bismarck sich sehr verständig gezeigt hat, aus dem Bestreben heraus, jede unnötige Verletzung der Gefühle der Franzosen zu vermeiden. Im 'Vorwärts' vergleicht Dr. Werth von demselben Gesichtspunkt aus das Verhalten Bis-

marcks und Poincarés. Auch Frankreich war mit seinen Zahlungen verschiebenlich in Verzug. Bismarck lehnte aber ausdrücklich einen militärischen Eingriff zur Erzwingung rückständiger Zahlungen ab und veranlaßte sogar den Abzug deutscher Truppen aus einigen Departements vor der festgesetzten Zeit — ganz anders als jetzt Poincaré, der geringfügige 'Verletzungen' zum Anlaß vertragswidriger neuer Gebietsbesetzungen nimmt. Bismarck erklärte im Reichstage, daß er sich von dem Programm der Rückkehr zum Frieden in der Angelegenheit anderer Völker auch bei dieser Gelegenheit nicht entfernen wolle. — Poincaré betreibt die Einmischung in die deutschen Verhältnisse in der intensivsten Weise, und seine ganze Politik ist auf die Zerreißung Deutschlands eingestellt. Das wird ihm allerdings nicht gelingen, die französischen Gewaltmaßnahmen werden im Gegenteil die Deutschen einiger und geschlossener machen. Aber für französische Kulturaufassung ist sein Vorgehen letztendlich. Wir 'Barbaren' waren doch bessere Menschen."

## Die Schule des „Westfälischen Friedens“.

Baron Dreindl, der ehemalige Vertreter Belgiens in Berlin, machte in einem Bericht vom 23. Dezember 1911, worin er seiner Regierung die schwierige Lage Belgiens im Falle eines deutsch-französischen Krieges auseinandersetzte, u. a. folgende von einer voraussetzenden Kenntnis der traditionellen Politik der französischen Staatsmänner und Politiker folgende Bemerkung: „Trägt Frankreich den Sieg davon, so wird es sich nicht damit begnügen, sich bis zum Rheine auszudehnen. Es wird sich die Herrschaft des Deutschen Reiches zum Ziele nehmen, dessen Zerschlagung ihm die Hegemonie geraubt hat, deren es sich einstmal erfreute. Seit Richelieu beruht seine Norm auf den Spaltungen zwischen den deutschen Ländern.“ Aus den Papieren Javalot's wissen wir, daß diese Herrschaft des Deutschen Reiches das mit Rußland vereinbarte Ziel Frankreichs im letzten Kriege war. Daß es dies nicht erreichte, stellte Clemenceau in seiner Rede über den Vertrag von Versailles vor dem französischen Senat am 11. Oktober 1919 mit Bedauern fest, mit den Worten: „Es sei ihm nicht gelungen, die deutsche Einheit zu zerlösen. Die Machenschaften des französischen Vertreters in München, Dard, und die Umtriebe der französischen Agenten im Rheinland zeigen zur Genüge, daß die augenblicklichen Machthaber in Frankreich alles daran setzen, um das Ziel, die Rheinregion und die Herrschaft der deutschen Reichs-einheit, nicht nur trotz des Vertrages von Versailles zu erreichen, sondern geradezu mit Hilfe einzelner seiner Bestimmungen.“

Die Einigkeit des deutschen Volkes zu zerstören, seine Sammlung zu einem Staatswesen zu verhindern und hierzu alle gegebenen Momente zu benutzen, um die Gegenstände im deutschen Volk bis zur Spaltung zu vertiefen, das ist die Elementarlehre französischer Staatskunst, der sogenannten „Schule des Westfälischen Friedens“. Deren Maxime eines Richelieu und Mazarin hatte immerzu das alte römische Reich deutscher Nation endgültig zur Ohnmacht verdammt, das deutsche Volk in seine Stammesstaaten aufgelöst, seine Zentralgewalt, den Kaiser, zu einem politischen Schatten werden lassen, den französischen Staatsmännern aber das Feld freigegeben, mit dem Schicksal der Völker Europas zu spielen, ihre Hegemonie zu errichten.

Die Wiederherstellung des deutschen Volkes in einem neuen Deutschen Reich konnte keineswegs zur Gefahr werden für das französische Volk, nicht für dessen Staatswesen. Diese Einigkeit des deutschen Volkes konnte einzig und allein zur Folge haben, daß den französischen Staatsmännern für ihre Lehre aus der Schule des Westfälischen Friedens das Verhängnis selbst entzogen war, daß ihrem brutalen Willen zur Alleinherrenschaft in Europa Schranken gesetzt wurden.

Das ist der Sinn der Rheinpolitik, des französischen autokratischen Königtums, der Revolutionsherrschaft seit Danton, des napoleonischen Kaiserreichs, des Bürgerkönigtums, des konstitutionellen Kaiserthums Napoleons III. u. ebenso der neuen kapitalistischen Republik. Um das französische Volk, das in seinen Tücken sicher so fruchtbar ist wie jedes andere, für die Herrschaftspläne seiner Lenker folglos zu machen, ergozen es diese im Hufe gegen Deutschland, in der Verachtung deutschen Wesens, in der Eitelkeit eigener Droie! Sch! dazu die Schulbücher der französischen Republik. Schon heute erkennen gewisse Teile des französischen Volkes die Unmenslichkeit der Politik seiner augenblicklichen Machthaber. Noch sind diese Teile zu schwach, um bestimmend eingreifen zu können. Aber sobald der Wahnsinn dieser Politik sich gegen das französische Volk selbst wenden wird, — und das wird kommen, durch sie wird das französische Volk genau so wie das deutsche in Unglück und Elend gestochen werden — dann werden diese Teile des französischen Volkes aufstehen und sich zu Wortführern Frankreichs machen. Wir Deutschen dürfen wohl hoffen, daß dann endlich das französische Volk seinen Diplomaten das Lehrbuch der „Schule des Westfälischen Friedens“ aus den Händen reißen und endgültig vernichten wird. Daß dann das freie französische Volk zu der Maxime zurückkehren wird, die es sich selbst gesetzt hat, zu dem menschlichen aller menschlichen Grundsatze: 'Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit'. Diesem Grundsatze, den das heroische französische Volk der Revolution nicht nur für sich selbst, sondern für das ganze menschliche Geschlecht verstanden hat. Dann wird die falsche Lehre verschwinden, daß der Rhein Frankreichs Grenze sein müsse, daß darum deutsche Volkstämme unter französischer Gewalt gebracht werden müßten. Dann wird auch das Nationalgefühl des französischen Volkes nicht mehr zum Haß gegen das deutsche Mißbraucht werden können. Es wird das Nationalgefühl des deutschen Volkes, über dessen neuem Staatswesen derselbe Grundsatze leuchtet, hoch wie das eigene. Nur so kann das Nat'onalgefühl im Staatswesen der Völker zu einer Quelle des kulturellen Fortschrittes der Menschheit werden. Und es kann dies nur, wenn es sich — wie unser Lehrer der Geschichte, Jäger, sagt — mit einem gewissen Humanitätsgefühl, einem mehr oder weniger klaren Bewußtsein von der Gemeinsamkeit der Völker in Beziehung auf ihre ethischen Ziele verbindet. Dieses Ziel aber lautet heute: Selbstbestimmung eines jeden Volkes, auch des deutschen, auch der Deutschen an Saar, Rhein und Ruhr. Das ist der große Gedanke, der die Völker unserer Zeit befeuert, und der jetzt von Schiller der 'Schule des Westfälischen Friedens' — mit Füßen getreten wird. Das Lehnbuch dieser Schule muß vernichtet werden, soll die europäische Menschheit wieder frei atmen. Das aber ist die Aufgabe des französischen Volkes.

## Kurze Nachrichten.

\* Französische und englische Proteste. Das Gewerkschaftsblatt 'Le Peuple' gibt bekannt, daß die französischen Gewerkschaften bis jetzt seit der Ruhrbesetzung in Frankreich 42 öffentliche Protestversammlungen abgehalten haben und daß die Proteste fortgesetzt werden.

Der Führer der englischen unabhängigen Partei Buxton begibt sich nach Berlin, um mit der deutschen Sozialdemokratie über die Ruhrbesetzung zu verhandeln. Buxton fährt dann weiter nach Paris und Brüssel, um ein gemeinschaftliches Vorgehen der deutschen, englischen, französischen und belgischen Sozialisten herbeizuführen.

\* Die Bluttat von Bochum. Der französische Oberst, der für die Vorgänge in Bochum verantwortlich ist, ist abberufen worden. Bochum wird durch ein neues Regiment ersetzt werden. Von der Reichsregierung wird gegen das Erschießen des jungen Bergarbeiters Protest erhoben werden.

\* Eine Milliarde für Entschädigungen. Das Reich hat für das neu besetzte Ruhrgebiet einwilligen für die Entschädigung von Personen und für Sachschäden infolge der Besetzung einen Vorschuß von einer Milliarde Mark zur Verfügung gestellt.

\* Italien und Bayern. Dem deutschen Botschafter in Rom wurde von der italienischen Regierung offiziell mitgeteilt, daß die Ausstellung des italienischen Visums an bayerische Staatsbürger als Antwort auf die Schikanierung von Italienern durch die bayerische Fremdenpolizei den italienischen Konsulaten unterzogen worden sei.

\* Thuyssen und Stinnes Ehrendoktoren der Technischen Hochschule Darmstadt. Die Technische Hochschule in Darmstadt hat in einer akademischen Feier nach der Annahme der allen Hochschulen vorliegenden Kundgebung zum Gedächtnis der Reichsgründung mitgeteilt, daß sie die Herren Thuyssen und Stinnes zu Ehrendoktoren der Hochschule ernannt habe.

\* Gerabesung der Frachtsätze für Kartoffeln und Düngemittel. Dieser Tage tritt eine weitere Gerabesung der Frachtsätze für frische Kartoffeln ein. Jetzt wurden bei Wagenladungen, wenn die Kartoffeln für Volksnahrung bestimmt sind, 4,10 künftig aber nur 2,10 der regelrechten Fracht erhoben. Bei Frachtsatz wird jetzt nur das halbe Gewicht, künftig nur  $\frac{1}{4}$  für Fracht herangezogen. Der neue Frachtsatz beträgt also in beiden Fällen 50 Prozent.

Weiter wird ein Frachtsatz für stickstoffhaltige Düngemittel von 10 Prozent und für Superphosphat von 20 Prozent neu eingeführt. Die bisherige Frachtmäßigung von 20 Prozent auf Düngesatz und Düngemittel wird auf 30 Prozent für Düngesatz und Düngemittel auf 40 Prozent erhöht, ebenso die für Rohsalz und Erzeugnisse aus Rohsalzen, soweit sie der Tarifklasse F angehören, von zur Zeit 15 Prozent auf 30 Prozent.

## Badische Übersicht.

### Badischer Landtag.

Karlsruhe, 18. Januar, 6 Uhr mittags.

Abg. Mager (D.Nat.) führte in förmlicher Anfrage die Beschwerde gegen eine Verfügung, welche Offiziere des alten Heeres die Belästigung in führenden Stellen beim Badischen Kriegsbund und als öffentliche Redner verbietet.

Staatspräsident Remmele erklärte: daß von einem glatten Verbot nicht gesprochen werden könnte. Die Regierung habe sich im Juni v. J. im Hinblick auf den Rathenauord veranlaßt gesehen Militärvereinsfeste nur unter der Voraussetzung zu gestatten, daß Offiziere des alten Heeres dabei Rücksicht auf die Notwendigkeit der Besetzung der Stellen und nicht anderen Umständen Anlaß zu Störungen geben. Eine Kränkung der Herren tag und liegt uns fern. Ich möchte aber auf die Tatsache hinweisen, daß Leute, die bei solchen Gelegenheiten in den Vordergrund traten, sich nicht im Rahmen des Erträglichen gehalten haben. Ob wir uns in Zukunft ähnlich verhalten müssen, liegt von der jeweiligen Situation ab, in der wir uns befinden.

Abg. Mager ist von dieser Antwort nicht befriedigt. Staatspräsident Remmele teilte mit, daß er bei anderer Gelegenheit auf die Sache zurückkommen werde.

Die Abg. Dr. Schöfer (Frt.), Strobel (Soz.) und D. Mayer-Karlsruhe (D.Nat.) erklärten dann, auch ihren Standpunkt darlegen zu wollen.

Abg. Weber (D. Wp.) begründete eine förmliche Anfrage betr. die Verpflichtung der Regierung zum Schutz der Staatsautorität.

Es wurde bemängelt, daß ein Mitglied der Regierung, Staatsrat Marum, die Verteidigung in einem Landfriedensprozeß übernommen hatte.

Staatspräsident Remmele erklärte, daß Rechtsanwält Marum nach dem Gesetz bestellt und verpflichtet war, als Verteidiger zu fungieren. Es lagen dagegen auch keine sachlichen Gründe vor. Der Verteidiger ist ebenso ein Organ der Rechtspflege wie Richter und Staatsanwalt. Die Regierung hält es mit der Staatsautorität durchaus vereinbar, daß Rechtsanwält und Staatsrat Marum die Verteidigung übernommen hat.

Abg. Hagin (Landbund) beklagte sich in förmlicher Anfrage über die hohe Branntweinsteuer, die zur Vernichtung des Kleinbrennereien führe.

Ministerialrat Kirchhäger erklärte, daß eine Erleichterung nur durch eine Änderung des Monopolsystems möglich wäre. In letzter Stunde hätten sich allerdings die Ausichten für die Kleinbrennereien bedeutend verschlechtert. Der Verkaufsbranntwein pro Hektoliter sei auf 450 000 M. festgesetzt worden. Die Monopolverwaltung habe dagegen beim Reichsrat Beschwerde erhoben und einen Betrag von 600 000 M. verlangt. Der badische Vertreter in Berlin wurde telegraphisch angewiesen, Vorstellung zu erheben. In Bayern liegen die Verhältnisse ähnlich, weshalb ein gemeinsames Vorgehen der süddeutschen Staaten zu erwarten ist.

An diese Antwort knüpfte sich eine längere Debatte. Die Frage soll im Reichspflegerausschuß nochmals besprochen werden.

Am Schluß der Sitzung gedachte der Präsident der Reichsgründung mit der Mahnung zur Einigkeit (Weisf.).

Nächste Sitzung am 31. Januar, nachmittags  $\frac{3}{4}$  Uhr.

Schluß nach 8 Uhr.

## Protestresolution der deutschen Hochschulen.

DZ. Karlsruhe, 19. Jan. In der Technischen Hochschule Karlsruhe fand gestern Mittag, am Gedächtnis der Reichsgründung, eine akademische Feier statt, zu der sich die Studentenschaft, Vertreter der Behörden und zahlreiche Gäste eingefunden hatten. Prof. Dr. Schnabel von der Techn. Hochschule sprach in längerem geistvollem Vortrag (zugleich als Antrittsvorlesung) „Vom Sinn des geschichtlichen Studiums in der Gegenwart“. Der Rektor, Prof. Wegbig, brachte sodann eine Kundgebung, die heute an allen deutschen Hochschulen zur Verlesung kommt, zur Kenntnis, in welcher gegen das unerhörte Vorgehen der Franzosen im Ruhrgebiet schärfster Protest erhoben wird und die ausklang in einem Treuegelöbniß zum Reiche. — Sodann verlas ein Vertreter der Studentenschaft eine Entschließung der deutschen Studentenschaft, die die gleichen Gedanken in würdiger Form zum Ausdruck brachte. Das Auditorium sang sodann die Deutschlandhymne. Der Gesangverein Niederzang hatte durch den Gesang schöner Vaterlandslieder zur Hebung der Feier beigetragen.

Nachstehende Erklärung wurde bei der gestrigen Reichsgründungsfeier der Karlsruher Technischen Hochschule vom Rektor verlesen. Sie lautete:

Am Gedenktage der Reichs-Industrie geben die Deutschen Hochschulen ihren Schatz und ihrer Trauer über den Bruch von Rechten und Verträgen Ausdruck, dessen unsere Feinde sich durch Befestigung des Ruhrgebietes aufs Neue schuldig machen. Lehrkörper und Studentenschaft legen vor der ganzen Welt entsetzte Bewahrung gegen die widerrechtlichen Gewaltmaßnahmen ein, die weder im Versailler Friedensdiktat, noch im Völkerrecht einen Boden finden. Sie vertrauen der mannhaften und festen Haltung der Reichsregierung und geloben sich in unwandelbarer Treue allezeit einzusetzen für Volk und Heimat.

### Die Gebäudeversicherungsumlage.

P.A. Die Umlage der auf dem Grundsatz der Gegenseitigkeit aufgebauten Gebäudeversicherungsanstalt bemisst sich nach dem Entschädigungsaufwand für die Brandfälle des Vorjahres; sie trifft sämtliche Gebäudebesitzer des Landes nach dem gleichen Maßstabe. Die sich in Friedenszeiten der aus dem Vorjahr erwachsenden Entschädigungsaufwand ohne weiteres rechnerisch feststellen, insofern als dem Brandbeschädigten der eingetragene Versicherungswert seines Hauses erstattet wurde, so hat die Entwicklung der Teuerung auch hier ganz neue Verhältnisse geschaffen. Die ständig fortschreitende Geldentwertung brachte für die Anstalt die Notwendigkeit, als Maßstab ihrer Erschließungen nicht den Friedensversicherungswert, sondern den tatsächlichen Wiederaufbauaufwand zugrunde zu legen. Der Wiederaufbauaufwand wird in der Weise errechnet, daß zum Friedensversicherungswert — als rechnerische Grundlage — Zuschläge treten, die den im Zeitpunkt des Wiederaufbaues bestehenden Teuerungverhältnissen Rechnung tragen. Diese Zuschläge haben sich der Entwicklung der Teuerung entsprechend fortgesetzt gesteigert und werden sich weiterhin erhöhen müssen. Dieser Umstand bringt in die Betriebskosten der Gebäudeversicherungsanstalt eine völlige Unsicherheit. Denn dadurch, daß für den Wiederaufbau der abgebrannten Gebäude zurzeit noch eine zehnjährige Frist festgesetzt ist, der Wiederaufbau sich also in verschiedenen Zuschlagsperioden vollzieht und zum Teil sogar zu einem Zeitpunkt, für den heute die Zuschläge überhaupt noch nicht errechnet werden können, läßt sich der Entschädigungsaufwand aus dem Vorjahr nur schätzungsweise bestimmen.

Zuletzt wurde dieser Zuschlag für die Monate November und Dezember 1922 auf das 300fache der nach den Vorpriestellen von 1914 errechneten Entschädigung festgesetzt. Die auf Kreise von 1914 zurückgeführte Gesamtversicherungssumme beläuft sich auf rund 6 Milliarden Mark. Unter Zugrundelegung des erhöhten Zuschlags für November und Dezember 1922 ist der Versicherungswert  $6 \times 300 = 214$  Milliarden. Da die Anstalt den Brandbeschädigten bei der gebotenen sparsamen Bauweise nahezu im vollen Ausmaß seiner Wiederaufbaukosten entschädigt und somit der Friedensversicherungswert, was erneut betont werden muß, nur rechnerische Grundlage für die Umlagefestsetzung sein kann, muß auch die Umlage dem Zuschlagsstake (das 300fache des Friedensversicherungswertes) entsprechend erhöht werden. Die Umlage der beiden letzten Vorjahresjahre betrug 15 Pf. für 100 M. Versicherungssumme. Daraus ergibt sich eine vorläufige Umlage für 1922 von mindestens 50 M. für 100 M. Friedensversicherungssumme ( $15 \text{ Pf.} \times 300 =$  abgerundet 50 M.). Diese Umlage (15 Pf.  $\times 300 =$  abgerundet 50 M.). Diese Umlagefestsetzung, die vom erweiterten Verwaltungsrat der Gebäudeversicherungsanstalt in seiner Sitzung vom 4. d. M. in klarer Erkenntnis des Umfangs der Verhältnisse einstimmig beschlossen und inzwischen auch vom Ministerium des Innern genehmigt wurde, entspricht einer Umlage von nicht ganz 14 Pf. der Vorjahreszeit.

### Die keramische Industrie, Steingutfabrikation u. Porzellanindustrie in Baden.

Wie aus einer Abhandlung über die Industrie der Steine und Erden in der neuesten Nummer der „Statistischen Mitteilungen“ des Statistischen Landesamts (bergl. Jahrg. 1922 Nr. 12) zu ersehen ist, ist die keramische Industrie (Zei- und

Baukeramik, Kunsttöpferei) im Lande in erfreulichem Aufschwunge begriffen. Eine Reihe von kunstgewerblichen und keramischen Werkstätten, Majolikaabriken dergl. entwickelt zurzeit einen regen Gewerbestreb, um künstlerische Entwürfe in feste Formen von hoher Vollendung umzusetzen. Majolikaabriken befinden sich in Karlsruhe und in Billingen. Auch von einem Tonwert in Randern wird Kunsttöpferei betrieben. Die Karlsruher Manufaktur ist eine der größten Anstalten moderner deutscher Keramik, sie beschäftigt gegenwärtig über 200 Arbeiter und 80 Angestellte; eine Filiale befindet sich in Ettlingen.

Die Majolikaabriken wird auch im Zusammenhang mit der Steingutfabrikation betrieben. Ein keramisches Werk in Zell a. S. mit an 300 Arbeitern ist Steingut- und Majolika-fabrik. Eine andere große Steingutfabrik des Schwarzwalds mit 200 Arbeitern befindet sich in Hornberg.

Vielzahl sind die keramischen Werkstätten und Kunsttöpfereien gleichfalls Ton-(Kachel-)ofenfabriken. Tonofenfabriken überhaupt gibt es etwa ein halbes Duzend im Lande. Größere Werke mit je über 100 Arbeitern befinden sich in Heidelberg und Oos bei Baden, weitere Fabriken in Mosbach, Lahr und Freiburg. Der keramische Industrie ist auch ein Prestoschmelz- und Mosaikwerk in Offenburg zuzurechnen. Insgesamt umfaßt auf Schluß des Jahres 1920 die keramische Industrie einschließlich der Tonofen- und Steingutindustrie 11 größere Betriebe mit je über 10 und zusammen 900 Arbeitern.

Auch die Porzellanindustrie hat nach frühzeitigen Anfängen im vorletzten Jahrhundert (Nahenestfabrik Durlach; Mosbacher Fabrik) in neuerer Zeit im Lande wieder Boden gefaßt. In Mannheim befindet sich eine Porzellanfabrik mit 100 Arbeitern, ebendort ein Unternehmen der Porzellanfabrikation, das fabrikmäßig die Bemalung von Porzellanwaren betreibt. Eine kleinere Porzellanmanufaktur befindet sich in Konstanz. Insgesamt waren in den erwähnten Fabriken um die Erhebungszeit etwa 200 Arbeiter beschäftigt. Eine Porzellan-Knopffabrik in Freiburg ist eingegangen.

### Die Zement-, Zementwaren- und Kunststeinindustrie in Baden.

Wie einer Abhandlung über die Industrie der Steine und Erden in Baden in der neuesten „Mitteilungen“ des Statistischen Landesamts zu entnehmen ist, erfolgt die Herstellung von Portlandzement in 3 großen Werken, in denen auf Schluß des Jahres 1920 über 1100 Arbeiter beschäftigt waren. Zwei dieser Werke liegen im nördlichen Baden (Leimen und Diedesheim-Neudorf), das andere am Oberrhein in der Nähe des Rheines (Kleinems). Nicht zahlreich sind die Fabriken, die Zementwaren anfertigen; mitunter besaßen sie damit wie mit der Herstellung von Zement auch Gipsfabriken. Es handelt sich dabei um die Anfertigung von künstlichen Steinen, Platten, Röhren, Zementdielen usw. unter Vermeidung des Brennverfahrens (Zementguss; Stampfbeton). Die Zementwaren finden Verwendung im Hoch- und Tiefbau und werden in Massenfabrication hergestellt. Zu den ältesten und führenden Betrieben gehören zwei große Zementwarenfabriken in Karlsruhe und Freiburg, die wie die meisten übrigen Zementwarenfabriken auch Beton- und Eisenbetonwaren ausführen; beide Firmen haben sich durch die Einführung der Fabrikation von Zementwaren in Süddeutschland und durch die Vervollkommnung des Herstellungsverfahrens Verdienste erworben. Im ganzen kommen etwa 15 größere Zementwarenfabriken in Betracht.

In wachsendem Umfange wird die Herstellung von künstlichen Steinen durch Kunststein-, Kalksandstein-, Schlackensteinfabriken und Bausteinwerke betrieben. Die Herstellung von Kalksandsteinen in größerem Umfange erfolgt u. a. durch ein Steinwerk mit Betrieben in Krausdal und Philippsburg, sowie durch ein Werk in Stodach. Mit der Fabrikation von Schlackensteinen aus Zement und Kohlen Schlacken besaßen sich 7 größere Betriebe, darunter Werke in der Nähe von Offenburg und Karlsruhe, von welchen die Eisenbahnschlacke im großen ausgebeutet wird.

Eine ganz neue Industrie ist die Kunstmarmorindustrie (Neumarmor- und Freestaltplattenwerke dergl.); die bereits einen solchen Grad von Vollkommenheit erreicht hat, daß es dem Nichtfachverständigen schwer fällt, ihre Erzeugnisse (Büchertische, Schalltische, Standuhren, Schreibzeuge, Freistaltplatten, Vasen, Säulen) von jenen aus natürlichem Gestein zu unterscheiden. Auch ganze Innendekorationen werden in Kunstmarmor (Marmorimitation) ausgeführt.

Die Kunstplattenindustrie ist weiterhin durch ein Quarzplattenwerk, sowie durch ein Arbeitsschiefer-Plattenwerk vertreten. Der Arbeitsschiefer, der billiger ist als Naturschiefer, wird für Bedachung, Giebel- und Wandverkleidungen verwendet, die Arbeitsschieferplatten für Wand- und Deckenverkleidungen und mannigfache technische Zwecke (Büchertische, Funkenfänger, feuerfeste Zwischenlager, Rauchabzugsverkleidungen, Operations- und Seziertische).

Wism- und Leichtsteinfabriken befinden sich im Amte Wehrheim und in Hausach, auch ein Werk der Schwemmsteinindustrie fertigt außer Schwemmsteinen noch Wismzementdielen und Wismsties an. Ein Schmirgelwerk ist in Freiburg; künstliche Schleifmittel werden in der elektromechanischen Industrie am Oberrhein hergestellt.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

Mannheim, 19. Jan. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatten sich die Räuber von der Limburg, der Schiffer Wilhelm Hellwig und der Schlosser Gustav Mitthoff, die vor einiger Zeit auf der Limburg die Wirksleute der Limburgrestauration überfielen, wegen Einbruchs in die Wirtschaft „Zur Jägerlust“ in Mannheim, zu verantworten. Bei dem in der Nacht zum 11. November ausgeführten Einbruch haben die Angeklagten Lebensmittel, Zigarren usw. im Werte von 25 000 M. erbeutet. Das Urteil lautete auf je sechs Monate Gefängnis. Wegen des Überfalls auf die Limburg werden sich die beiden Räuber vor dem Pfälzischen Schwurgericht zu verantworten haben.

DZ. Durmersheim, 19. Jan. Vorgefunden Mittags explodierte in der Schnapsbrennerei des Dionys Stürmlinger der Dampfessel der Anlage. Das Kesselhaus, sowie die starke Brandmauer eines Nebenhäuses wurden zertrümmert. Die Detonation war so gewaltig, daß sämtliche Fenster der Nachbarhäuser zertrümmert wurden. Der große Kessel flog etwa 20 Meter weit durch die Mauer auf die Straße. Der Gesamtschaden dürfte ca. 3 Millionen Mark betragen.

DZ. Offenburg, 19. Jan. Auf einen neuen Erwerbszweig sind einige hiesige Tageelbe gekommen, und zwar schneiden sie den Ferkeln die Schweife ab und verkaufen die wertvollen Hofschaare. Bisher konnte leider noch keiner der Gauner erwischt werden.

Waldbirch, 19. Jan. Die Gemeinderatswahl für die hiesige Stadt ist vom Bezirksamt auf formalen Gründen für ungültig erklärt worden, weshalb eine Neuwahl stattfinden muß. Der Grund für die Ungültigkeitserklärung soll darin liegen, daß die Wählerlisten der Bürgerauschuhwahl zur Zeit der Gemeinderatswahl dem Bezirksamt nicht zur Prüfung vorgelegen haben.

DZ. Freiburg i. B., 19. Jan. Die Ortsgruppe Freiburg des Badischen Schwarzwaldvereins kann auf ein sehr arbeitsreiches, aber auch auf eine sehr erfolgreiches Geschäftsjahr zurückblicken. Die Mitgliederzahl der Ortsgruppe hat sich auf 4650 erhöht gegen 3300 zu Beginn des Geschäftsjahres. Sehr reichlich ist auch die Ortsgruppe im vergangenen Jahre mit freiwilligen Spenden bedacht worden, deren Höhe sogar die Höhe der Mitgliederbeiträge übersteigt. Im Anschluß an die üblichen Wanderungen beabsichtigt der Verein, im kommenden Frühjahr auch mit Jugendwanderungen zu beginnen. In dem von dem Verein gepachteten Herzogenhorn-Gasthaus soll ferner eine Jugendherberge eingerichtet werden. Im allgemeinen hat der Badische Schwarzwaldverein in letzter Zeit einen Zuwachs von 4 neuen Ortsgruppen zu verzeichnen, so daß die Mitgliederzahl insgesamt rund 20 000 beträgt. Am kommenden Sonntag findet in der Festhalle die Jubiläumscaritasfeier des Deutschen Caritasverbandes statt.

### Daniel Drew.

Von Dr. Heinz Scheller.

Schon in jenen längst verklungenen Tagen, als noch nicht ein jeder mit feierndem Eifer das Steigen der amerikanischen Kaluta verfolgte, als noch den wenigsten bekannt war, daß ein Dollar einen Wert von vier Mark und zwanzig Pfennige hatte, schon damals wußte man in Deutschland von der Macht des Geldes in Amerika, hörte man mit jüdischem Stöhnen von den Millionen und Milliarden, die sich in wenigen Stunden zusammenballen, über Eisenbahn und Schiffahrt regierten, Kohle, Stahl und Petroleum beherrschten, mit Land und Volk Fangball spielten. Der an nur begrenzten Möglichkeiten gewohnte Blick des Europäers konnte sich kein richtiges Bild von den noch unergründeten Reichtumsquellen der Neuen Welt machen, noch weniger, wie man den Schlüssel zu ihnen fand. Selten nur las er Lebensbeschreibungen der amerikanischen Geldmagnaten; wohl hörte er, daß der eine oder andere von ihnen als Zeitungsjunge oder Depeschenbote seine Laufbahn begonnen hatte, wohl munkelte man auch von dunkeln Nachenschaften, welchen der Reichtum seine Entstehung verdankte, von gerösteten Erbsen, welche diesem Moloch zum Opfer gefallen waren, und erinnerte sich dann der Schilderungen aus „Onkel Toms Hütte“, die man in der Jugend mit leisen Schauer genossen hatte. Aber allgemein stellte man sich die amerikanischen Finanzjongleure, gestützt auf die phantastischen Malereien schöner Romane, als überbordende Köpfe vor, die, gepulvert von titanischer Energie, mit gigantischer Organisationskraft das Schwungrad uralter Kräfte zu immer rasenderem Tempo schleudern.

Nun liegt ein neues Buch auf dem deutschen Büchertisch, das uns einen Blick in das Getriebe dieses riesigen wirtschaftlichen Mechanismus gestattet, das uns den Motor zeigt, den Ursprung und Sammelplatz dieser Energie aufweist, — die New Yorker Börse, die Wallstreet. Das uns aber vor allem eine feine Zeichnung der feinsten Konstruktion eines Mannes gibt, der hier Meister und Herr war, dessen Kopfstein auch Europa zu spüren bekam. Das „Buch des Daniel Drew“ von Louis White, deutsch von Maria Wersa u. s. m. B. (Verlag Georg Müller, München), ist zwar keine Selbstbiographie, wie man gerne glauben möchte, aber es schildert doch Menschen, die gelebt, und Taten, die sie bewegt haben.

Die Waise seines Lebensabends verwendet Daniel Drew, der alte Börsejocher, um eine Schilderung seines Lebensweges und seine Meinungen über das Leben und Treiben der Menschen zum Besten zu geben. Als Soldat hat er seine ersten 100 Dollar verdient, als Viehhändler geschickt Geld gemacht, im Dampfschiffgeschäft ohne Strupel aber mit Erfolg gearbeitet, bis er zuletzt das Tätigkeitsfeld fand, das seinen Anlagen am besten zusagte, die Börse. Er brachte alles mit, was man dazu brauchte, Bagamut, einen hellen Kopf, eine

gute Dosis Gewissenheit und Pflichtigkeit und — last not least — ein robustes Gewissen. Das weiß er auch und findet es ganz in der Ordnung: „Leute, die eine zu dünne Haut haben, die Übergewissenheit sind, taugen nicht für den kaufmännischen Beruf. Ein kluges Gewissen ist ungeschätzbar, so wie eine weisende Schärpe für einen Schmied.“ Dafür hat „Onkel Dan“ aber eine gute Portion Humor und kann so recht von Herzen lachen, wenn ihm an der Börse wieder ein Spätschen gelungen ist und er seinen lieben Nächsten — wäre es selbst sein Glaubensbruder im Herrn — auf das Glatteis gelockt hat, so daß dessen Geld jetzt in seiner eigenen Tasche klirpert. Zwar kommen auch weniger erfreuliche Dinge vor, so wenn der Zug der Eisenbahngesellschaft, deren Schachmeister Daniel Drew ist, in den Abgrund stürzt, weil die Schienen zu sehr abgenutzt waren. Die Gesellschaft hatte ja zwar Geld zur Reparatur zur Verfügung gestellt, aber — du lieber Gott, Daniel Drew brauchte es gerade so notwendig zu einer famosen Privatpulsation — also — na ja — da mußten halt die Schienen vorläufig mal „gewendet“ werden. Daß sie nachher nicht hielten, konnte doch kein Mensch voraussehen! Und Richter, Polizei und Öffentlichkeit, sie sagen schon alle ja, wenn es sich lohnt.

Doch Daniel Drew pleudert nicht nur von Geschäften und Spekulationen. Der Leser seiner Erinnerungen soll ihn seinen ganzen Wesen nach kennen lernen, aber „um zu wissen, was ein Mensch wirklich ist, ist es notwendig, ihn dann und wann zu sehen, wenn er nicht in seinem Geschäft ist. Das Geschäft zeigt nur die eine Seite des Menschen. Sein kirchliches und sein häusliches Leben zeigen die andere Seite. Das ist es, warum so viele ein ganz falsches Bild von ihm haben. Denn Onkel Dan war ein frommer Mann! Gerade die Schilderung des religiösen Empfindens und Gehaltens Drews ist wohl die reizvollste und interessanteste Seite dieses Tagebuchs, da sie eine feine Analyse der Beziehungen zwischen kirchlicher und kaufmännischer Auffassung gestattet, auf die ich hier Weber in seiner Untersuchung „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“ hingewiesen hat. Der Deutsche ist im Durchschnitt geneigt, das stark nach außen gelobte Reizende eigener Frömmigkeit bei dem Amerikaner als pure Heuchelei zu nehmen, die benutzt dazu dienen soll, die den Geboten christlicher Moral wenig entsprechenden Geschäftspraktiken zu decken, wird aber damit der Sache nicht gerecht. Der Amerikaner steht in seiner geschäftlichen und religiösen Betätigung keinen Widerspruch. Dieses religiöse Leben findet seine Grundlage im Calvinismus, der mit der Idee des „Gnadenstandes“ und der im täglichen Leben anzustrebenden „Verwöhnung“ den Boden für den Wert des Berufes als sochen schuf. Die Arbeit dient zum Ruhme Gottes, also auch ihr Erfolg und somit ist leicht die Rechtfertigung des Profits gegeben, denn wenn Gott eine Chance bietet, der soll sie nicht ausschlagen. Um dazu zu gelangen, ist eine gewisse Aflerte, Verschämung der Ausgaben, Ansammlung von Kapital, Fleiß und Nüchternheit vorteilhaft. Es ist leicht verständlich, daß spätere Epochen den eigentlichen Sinn dieser Lehre vergaßen

und sich nur das Bewußtsein der Nützlichkeit dieser Gebote bewahrten. In den Betrachtungen Daniel Drews, die manchmal klingen, als seien sie Franziskus Traktat entnommen, offenbart sich in prächtiger Form dieser Übergang von der Idee zum rein Utilitaristischen und Formalistischen, das Verhältnis zu Gott wird zum do-ut-des-Geschäft, das Verhältnis zum ewigen in ein Schuldverhältnis mit Gott und haben und abschließendem Saldo berzert, durchtränkt von kommerzieller Geissenheit und Pflichtigkeit. Daniel Drew kommt auch hier auf seine Rechnung und kann beruhigt seine Betrachtungen mit seinem Lieblingsvers schließen:

„Vor jedem Wind, der blasen tut,  
Vor jeder bösen Tränenflut  
Gibt es ein silbes Schutzhül  
Bei der Allmächtigen Gnadenfühl!“

\* Große Deutsche Kunstausstellung Karlsruhe 1923. Das badische Kunsthandwerk soll auf der Großen Deutschen Kunstausstellung Karlsruhe 1923, die von Mai bis Oktober stattfindet, in einer besonderen Abteilung für angewandte Kunst gezeigt werden. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit einer solchen Vorbereitung der Leistungen und der Veredelungsarbeit werden alle kunsthandwerklich tätigen Kräfte Badens zur Veteiligung aufgefordert. Meldungen sind an das Badische Landesgewerbeamt, Karlsruhe, Karlsruherstraße 17, zu richten, das ähnlich wie im Vorjahre für die Deutsche Gewerbeausstellung München nähere Anstalten kostenlos erteilt, jedwede Beratung gibt und auch Vorschläge und Entwürfe auf Ansuchen veranlaßt. Eine wichtige und möglichst vielseitige Beteiligung der tüchtigsten badischen Kunsthandwerker ist Ehrensache.

\* Konzertabend von Rio Gebhardt. Der gestrige Konzertabend im Entschloß des 14jährigen Dirigenten und Pianisten Rio Gebhardt unter Mitwirkung des 11jährigen Pianisten Ferry Gebhardt und des 15jährigen Cellisten Günther Schulz-Fürstenberg ist als bestens verlaufen zu verzeichnen. Mit großer Sicherheit und Geläufigkeit spielten die beiden Brüder Deutsche Tänze, zu 4 Händen Nr. 3 von L. v. Beethoven, das Klavierkonzert D. Moll (Mozart), jenes in C-dur (Beethoven) und ein Menuett von Carl Reinecke. Der 15jährige Cellist Günther Schulz-Fürstenberg, welcher am gestrigen Abend zum erstenmal hier spielte, erfreute vor allem ganz besonderer Musikalität und guter Gedächtnisgabe. Er beherrschte sein Instrument in Ausbund und Technik vollkommen. Die Vortragsweise dieser Programmpunkte, das Wiegenlied (Göteborg), Serenade Babine und Sarabande (Bach) befähigten dem jungen Cellisten am besten sein großes hoffnungsvolles Talent. Zuletzt hörte das dicht besetzte Haus Rio Gebhardts eigene Komposition: „Serenade De Rio“, welche vom Publikum begeistert aufgenommen wurde. E. F.

Aus der Landeshauptstadt.

Rein Pressefest 1923.

Der Vorstand des Vereins Karlsruher Presse hat mit Rücksicht auf die schwere nationale Lage des deutschen Volkes in einer Sitzung einstimmig beschlossen, vom diesjährigen Pressefest und überhaupt jeder etwa abgewandelten Veranstaltung abzusehen.

W. Rolf Gustav Gaebler, Vortragsleser aus eigenen Dichtungen. Gaebler ist hierorts nicht unbekannt. Besonders aber den Lesern der Arbeiterpresse sind Werke von ihm schon einigermassen vertraut.

An kurzen poetischen Schilderungen wurde fast zutiefst gegeben, so daß manches Bemerkenswerte von starker Innerlichkeit ausgedrückt wurde durch Nachfolgendes. Zumal die ihnen eigene Wortfülle und Gedrängtheit des Hörer nicht zum vollen Verständnis des Gesagten kommen ließ.

Die Sprache Gaeblers liebt den Stabreim, Häufung von Adjektiven, bei Reimen des Artikels. Außerlichkeiten, Manierlichkeiten — nach berühmten Mustern. Doch seine Darstellung entbehrt nicht der Eigenart und des dichterischen Wertes.

Auf bemerkenswerter Höhe steht die Art seines Vortrags.

Landestheater. Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die für die ausgefallene Vorstellung von „Charleys Tante“ am 14. d. Mts. gelösten Eintrittskarten gegen solche für den 21. d. Mts. an der Vorverkaufsstelle des Landestheaters bezw. in den Vorverkaufsstellen umzutauschen sind.

In der am Sonntag, den 21. d. Mts. stattfindenden Aufführung von Wagners „Lohengrin“ wird Fräulein Gertrud vom Stadttheater in Kiel — eine Karlsruherin — sich als Elisabeth um das Fach der jugendlich-dramatischen Sängereisen bewerben.

Kommunalpolit. Rundschau.

Soziale Fürsorgeerziehung.

Die Not der Jugend ist ein besonders ernstes Kapitel aus der Chronik dieser Zeit. Die Zunahme der Straffälligkeit Jugendlicher gegenüber der Vorkriegszeit ist selbst nach heutigen Maßstäben erschreckend. Das Reich plant deshalb eine ganze Gruppe von Gesetzen zum Schutz der Jugend, und als erstes ist das Jugendwohlfahrtsgesetz am 9. Jan. 1923 verabschiedet worden.

Reuhen geht jetzt daran, ein Ausführungsgesetz dazu zu schaffen, und der Wohlfahrtsminister Girtler macht nun der „Germania“ einige Angaben über den Geist, in dem es gehalten ist.

„Soll die Maßnahme der Anordnung einer Fürsorgeerziehung von den Eltern als eine ihren Kindern erwiesene Wohlthat empfunden werden, so müssen sie das Vertrauen haben, daß die Durchführung der Fürsorgeerziehung von dem Geiste sozialer Gefinnung getragen wird.“

In dieser Hinsicht ist in dem letzten Jahre manches gebessert worden. So ist der Verkehr der Eltern mit ihren in Fürsorgeerziehung befindlichen

Kindern dahin geregelt, daß ihnen der Aufenthaltort ihrer Kinder sobald wie nur irgendmöglich mitgeteilt wird. Mit dieser Mitteilung soll ihnen auch ein Merkblatt überhandt werden, das in kurzer eindringlicher Weise die Aufgaben der Fürsorgeerziehung schildert und die Bestimmungen über den persönlichen und brieflichen Verkehr bekanntgibt.

Beredsamkeit von Brandmauern.

Noch immer trifft man in Stadt und Land auf freistehende Neubauten, die in sinnloser Weise mit Brandmauern ausgestattet sind. Um die Entstehung häßlicher, von der Straße sichtbarer Brandgabeln nach Möglichkeit zu vermeiden, war in der Anlage zu dem vom preussischen Minister für Volkswohlfahrt aufgestellten Entwurf einer Bauordnung die Aufnahme einer Bestimmung empfohlen, nach der die Ortspolizeibehörden bei Neubauten, je nach der Lage des Nachbarhauses, entweder die Errichtung unmittelbar auf der Grundstücksgrenze unter Heranrückung an die vorhandene Brandmauer oder einen Abstand von 5 Metern zum Nachbargrundstück verlangen dürfen.

Kommunale Chronik.

Erfurt. Rheinlandhilfe der Stadt Erfurt. Die Stadtverordnetenversammlung am 22. Dez. 1922 bewilligte aus dem Wohlfahrtsfonds den Betrag von 0,50 M. auf den Kopf der Einwohner, also etwa 67 500 M., zur Linderung der Not im Rheinlande.

die eigene schwierige Finanzlage, aber in Anerkennung der ungeheuren Notwendigkeit, für die Erhaltung der deutschen Rheinlande zu sorgen, schlug der Magistrat einen Betrag von 0,50 M. vor, so daß auch von Erfurt aus eine immerhin ganz ansehnliche Unterstützung für das schwergeprüfte Rheinland gewährt wird.

Verschiedenes.

Ein vorbildliches Bücherunternehmen.

D.N.J. Das Kulturamt des Verbandes der Deutschen in Groß-Rumänien hat eine neue segensreiche Einrichtung getroffen, die sicherlich bald auch in den übrigen Bezirken des Deutscheniums im Ausland Nachahmung finden wird.

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung.

Dem kaiserlichen Landesauskunft für Jugendfürsorge wurde unterm 9. Dezember 1922 die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Zurücksetzung:

Kriminalsekretär Oswald Pink in Karlsruhe.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernannt:

Rektor Dr. Otto Schenk an der Volksschule in Lörzach mit Befreiung vom 1. April 1920 zum Direktor einer großen Volksschule.

Ministerium der Finanzen.

Ernannt:

zum Vorstand des Bezirksbauamts Emmendingen mit der Amtsbezeichnung Bauamt der Regierungsbaumeister Otto Gutting in Karlsruhe.

Zurücksetzung:

Baurat Leopold Sing in Emmendingen.

Badisches Landestheater.

Samstag, 20. Jan. 6 1/2, b. n. 10 Uhr. 1000 Mk. Abonn. G 12. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1201—1500.

Zum ersten Male:

Louis Ferdinand, Prinz von Preußen.

Drama in 5 Akten von Fritz von Unruh.

Spielplan vom 21.—30. Januar 1923.

Im Landestheater. So. 21. vorm. 11. Christinchens Märchenbuch. (400.00), abends 6 1/2. Tannhäuser. (2400.00) — Mo. 22. III. Sinfoniekonzert. Solist: Konzertmeister Voigt. 7 1/2. (600.00.) Mitglieder der Th.-Gem. B.V.B. erhalten an der Theaterkasse gegen Vorzeigen der Ausweiskarte Preisermäßigung.

Die 23. Volksbühne. J 11. Martha. 7. (1600.00) Hierzu sind Plätze aller Gattungen für das allgemeine Publikum erhältlich. — Mi. 24. Abonn. E 12. Othello. (Oper.) 7. (1600.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3701—3900. — Do. 25. Abonn. B 12. Louis Ferdinand, Prinz von Preußen. 6 1/2. (800.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2201—2500. — Fr. 26. Abonn. A 13. Zum 1. Male. Der Goldschmied von Toledo. Romantische Oper in 3 Akten von Zwerenz. Musik von Jaques Offenbach. 6 1/2. (1600.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3401—3700. — Sa. 27. Nathan der Weise. 6 1/2. (800.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2501—2800. — So. 28. vorm. 11. Christinchens Märchenbuch. (400.00.), abends 6. Der Rosenkavalier. (2400.00.) — Mo. 29. Volksbühne. L 10. Wilhelm Tell. 7. (600.00.) — Die 30. Abonn. C 13. Der Zigeunerbaron. 7. (1600.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3200—3400.

Im Konzerthaus. So. 21. nachm. 3. Volksbühne. N 3. Der Raub der Sabinerinnen, abends 7. Charleys Tante. (600.00.) — So. 28. nachm. 3. Volksbühne. N 4. Der Raub der Sabinerinnen, abends 7. Alt-Heidelberg. (600.00.)

Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde jeweils am Vortag der Aufführung in der Geschäftsstelle (10—1/2, 4—6 Uhr). Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 20., nachm. 1/4—5 Uhr, allgemeiner Verkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 22. Jan. an.

Badische Lichtspiele

KONZERTHAUS

Heute und Samstag abend 8 Uhr:

Die weiße Seuche

mit fachärztlichen Vorträgen.

Siehe Plakatsäulen.

Bekanntmachung.

Fleischsteuer betr.

Es wird auf die Änderung des Fleischsteuergesetzes vom 29. April 1886 durch Gesetz des badischen Volkes vom 13. Dezember 1922 aufmerksam gemacht.

Hiernach unterliegt mit Wirkung vom 31. Dezember 1922 an der Verbrauch des Fleisches von Rindvieh, Schweinen und Schafen der Fleischsteuer.

Die Steuer beträgt bei Rindvieh für jedes Stüd im Schlachtgewicht von weniger als 200 kg. 100 M. von 200 bis ausschließlich 250 kg. 150 M. von 250 kg und mehr. 300 M.

für jedes Schwein. 80 M. für jedes Schaf. 30 M.

Ferkel und Lämmer bleiben steuerfrei.

Bei der Einfuhr von ausgeschlachtetem Fleisch (frisch oder zubereitet) nach Baden ist eine Übergangsabgabe von 4 M. vom kg zu entrichten.

Die vom 31. Dezember 1922 an vollzogenen, nach Vorübergehendem steuerpflichtigen Schlachtungen sind bis spätestens 25. ds. Mts. zur Nachbesteuerung schriftlich bei der Ortssteuerbehörde anzuzeigen. 0.774

In gleicher Weise ist das seither eingeführte Fleisch anzumelden.

Wer die Anmeldung unterläßt oder in ihr unrichtige Angaben macht, hat Bestrafung zu gewärtigen. Karlsruhe, den 18. Januar 1923.

Haupthofamt.

Bekanntmachung.

Die Stadtgemeinde Gengenbach verkauft im Submissionswege das diesjährige Dürr- und Windfallholz bestehend in

10 Stämmen I. Klasse mit 36,93 Fstm.

27 Stämmen II. Klasse mit 43,79 Fstm.

41 Stämmen III. Klasse mit 39,17 Fstm.

30 Stämmen IV. Klasse mit 17,09 Fstm.

37 Stämmen V. Klasse mit 18,49 Fstm.

24 Abschnitte I. Klasse mit 44,25 Fstm.

51 Abschnitte II. Klasse mit 44,25 Fstm.

27 Abschnitte III. Klasse mit 14,86 Fstm.

1 Stamm Eiche III. Klasse mit 1,99 Fstm.

1 Stamm Eiche IV. Klasse mit 0,75 Fstm.

1 Buche II. Klasse mit 1,15 Fstm.

Bedingungen und nähere Auskunft durch das Bürgermeisterei.

Schriftliche Angebote, verschlossen mit entsprechender Aufschrift sind bis längstens

Montag, den 29. Januar 1923, abends 6 Uhr, beim Bürgermeisterei einzureichen.

Die Waldhüter Späth und Maier zeigen das Holz auf Verlangen vor.

Gengenbach, den 18. Januar 1923.

Das Bürgermeisteramt.

Badische Landeselektrizitätsversorgung Aktiengesellschaft (Badenwerk).

5% ige Kohlenwert-Anleihe.

Im Auftrage und für Rechnung des Badenwerks wird hiermit eine weitere Serie im Geldwert von 125000 Tonnen Kohle zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt.

Die Zeichnungen werden vom 20. bis 27. Januar 1923 (früherer Schluß vorbehalten) bei den für die letzte Zeichnung bezeichneten Stellen entgegengenommen.

Der Zeichnungspreis errechnet sich auf Grund eines Kohlenpreises von Mk. 49 600.— für 1000 kg. Eine Stückzinsenverrechnung findet nicht statt; die Zeichnung erfolgt zu 100 Prozent des ausmachenden Geldbetrages.

Die gezeichneten Stücke gelten als voll zugeteilt und sind sofort zu bezahlen. Für die Zuteilung stehen eventuell weitere Serien zur Verfügung. Im übrigen wird wegen der einzelnen Bedingungen auf den gelegentlich der Zeichnung für die erste Serie veröffentlichten Prospekt verwiesen. B.180

Berlin, Mannheim, Karlsruhe, Frankfurt a. M., im Januar 1923.

Deutsche Bank. Direction der Disconto-Gesellschaft.

Berliner Handels-Gesellschaft. Commerz- und Privat-Bank A.G.

Darmstädter und Nationalbank. Dresdner Bank.

Kommanditgesellschaft auf Aktien.

Rheinische Creditbank. Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.G.

Badische Bank. Badische Girozentrale. Veit L. Homburger.

Lazard Speyer-Elissen. Jacob S. H. Stern. Straus & Co.

Unser Discontsatz beträgt 12 Prozent.

Lombardsatz 13

Mannheim, 18. Januar 1923. B.182

Badische Bank.

Wir suchen für hiesige Stadtasse zum sofortigen Eintritt einen jüngeren

Buchhalter oder Kassensystemanten

zur Hauptbuchführung und Stellen von Nebenrechnungen. B.145.2.2

Längere praktische Tätigkeit in der Hauptbuchführung ist Bedingung. Bewerbungen mit Zeugnissen und Angabe der Gehaltsansprüche sind bis längstens 20. Januar d. J. hier einzureichen.

Bürgermeisterei Säckingen.

Wir sind stets Abnehmer von

Weichblei

6. Braunjagd Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe, Ratlfriedrichstr. 14.

Stammholz-Verfeigerung

Die Gemeinde Guggenweiler, Amt Lahr, befreit am Dienstag, den 23. Januar d. J., vormittags 10 Uhr, im diesjährigen Stichschlag:

19 Eichen bis zu 1,19 Fstm. messend,

114 Eichen bis zu 1,33 Fstm. messend, B.183

33 Erlen bis zu 0,68 Fstm. messend,

2 Birken bis zu 0,64 Fstm. messend,

3 Fichten bis zu 1,06 Fstm. messend.

Gemeinderat.

Sierlinger, Baumtr. Ruder, Ratlfriedr.

Tarifserhöhung.

Infolge Erhöhung des Tarifs der Stadt Straßenbahnen Karlsruhe, werden ab 23. Jan. 1923 auch die Fahrpreise im Gemeinschaftsverkehr Albtalbahn-Stadt. Straßenbahnen Karlsruhe erhöht.

Nähere Auskunft erteilt unser Verkehrsbüro.

Karlsruhe, 18. Jan. 1923.

Badische Lokalbahn

A.-G.